

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 25. August 2014

Ort: Cevizentrum Glockenhof, Saal London
Anwesend: 57 Mitglieder
Gäste: Regula Rytz, Dieter Steiner
Protokoll: Ulla Blume

1. Begrüssung

Marionna Schlatter begrüsst die Anwesenden und freut sich, dass so viele gekommen sind.

2. Wahl der Stimmzählenden

Ralf Margreiter und Esther Hildebrand werden als StimmzählerInnen gewählt.

3. Traktanden

Die Traktandenliste wird ohne Ergänzungen genehmigt.

4. Protokoll der GV vom 14. April 2014

Das Protokoll wird ohne Korrekturen genehmigt und verdankt.

5. Mitteilungen

• Partei und Vorstand (Marionna Schlatter)

Wir haben eine neue administrative Sekretärin: Beatrice Zach. Sie ist die Nachfolgerin von Regula KaeserStöckli und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihr.

Wir sammeln für die Fairfood-Initiative und haben auch heute Materialien dabei. Der nächste nationale Sammeltag ist der 30.8. – da sollen alle sammeln!

Mitte Dezember findet in Rubigen das Energiewendefestival statt, bei dem wir in der Trägerschaft sind.

Zudem haben wir noch Unterschriftenbögen für die Dreckstrom-Petition und Abstimmungsmaterial für die PBG-Abstimmung vom 28. September dabei.

• Kantonsratsfraktion (Esther Guyer)

Wir stehen vor dem Budget, da werden wir uns jetzt vorbereiten. Wir haben uns beim Fracking-Verbot mitengagierte, das haben fast alle Grünen Fraktionen gemacht.

Weiter geht es auch mit unserem Vorstoss zum NOK-Gründungsvertrag, wir wollen eine Erneuerung.

Ein schwieriges Thema ist die Spitalpolitik im Kanton. Hier soll privatisiert und erweitert werden, was das Zeug hält – wir wollen aber Spitäler, die sinnvoll zusammenarbeiten.

Zudem steht die Beratung des Gemeindegesetzes an, die wird noch vor den Wahlen kommen.

- **Nationalratsfraktion (Balthasar Glättli)**

Ein grosses Thema ist momentan unsere Beziehung zur EU. Morgen Abend gibt es dazu einen Input von Daniel Vischer an der MV der Grünen Stadt Zürich.

Unterschriften Sammeln: Das Gotthard-Referendum wird 10 Tage nach der letzten Sessionswoche starten!

Zudem werden in der nächsten Session auch die Wölfe ein Thema sein.

- **Junge Grüne (Marcel Bührig)**

Am 1. August haben die JG das Äms-Fäscht durchgeführt, ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit. Das Fest war ein grosser Erfolg, die JG möchten sich bei allen UnterstützerInnen herzlich bedanken.

Am Freitag findet die erste MV nach den Sommerferien statt – da werden die Spuren für die Zukunft gelegt. Gäste sind herzlich willkommen, auch zum Apéro.

6. Nachwahlen

- **In den Vorstand**

Für den Bezirk Meilen stellt sich Maria Rohweder zur Verfügung.

Maria Rohweder wird per Akklamation gewählt.

Wir sind froh, wenn alle Bezirke vertreten sind!

7. Abstimmungen 28. September 2014

- **Kantonale Abstimmungsvorlagen**

Änderung PBG (Festlegung Mindestanteil preisgünstige Wohnungen): **JA-Parole**

Res Marti: Ist im Abstimmungskomitee für die Grünen: Mit der PBG-Änderung sollen die Gemeinden bei der Aufzoning eines Areals festlegen können, dass es dort preisgünstigen Wohnraum gibt: mit Belegungsvorschriften und Kostenmiete. Die Ziele sind mehr preisgünstige Wohnungen und eine bessere soziale Durchmischung in den Gemeinden. Wir haben Abstimmungsmaterialien und am 30.8. gibt es einen Aktionstag mit einer Exkursion und zahlreichen Standaktionen.

- **Nationale Abstimmungsvorlagen**

Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»: **JA-Parole**

Volksinitiative «Schluss mit der MWSt-Diskriminierung des Gastgewerbes»: **NEIN-Parole**

8. Nomination für die RR-Wahlen 2015

Esther Guyer, Fraktionspräsidentin Grüne Kanton Zürich:

Martin Graf packt an und ist ein verlässlicher Partner

Nach der Wahl von Martin in den Regierungsrat hätten wir uns für die Grünen natürlich entweder die Baudirektion oder die Volkswirtschaftsdirektion gewünscht, also die beiden Direktionen, in denen heute Nachhaltigkeit mit der Lupe zu suchen ist. Aber der Neue bekommt, was übrig bleibt. Für Martin war das die Justizdirektion.

Wenn Martin Graf als Regierungsrat im Kantonsrat seine Geschäfte vertreten muss, umfassen seine Traktanden immer eine bunte Palette von ganz unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern: Nehmen wir die aktuelle Traktandenliste:

Sicherstellung der Aufsicht über Heime durch die Bezirksräte, Finanzausgleich für Gemeinden bei hohen Sozialkosten, die unsägliche Volksinitiative mit dem irreführenden Titel «Ja zu fairen Gebühren», den Beschluss über die Gemeindefusion von Sternenberg und Bauma, den Beitrag aus dem Lotteriefonds zugunsten des Soforthilfefonds für die Opfer vom Verdingwesen, eine Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes, der Antrag über eine Standesinitiative zum Schutz von Angestellten im Dienst vor Gewalt und Drohungen und eine Änderung des Gesundheitsgesetzes. Dazu kommt dann noch das Staatsarchiv, das Handelsregisteramt, die Kultur (wo wir ausnahmsweise keinen Vorstoss zum Opernhaus hängig haben), Opferhilfe, Integration, Gleichstellung und so weiter und so fort.

Martin Graf reklamiert und jammert nicht. Er machte sich an die Arbeit und wuchs in sein neues Amt hinein. Man merkt ihm an, dass er seine Arbeit gern macht. Er schätzt den Kontakt mit den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seiner grossen und mit einer Vielfalt unterschiedlichster Aufgaben besetzten Direktion.

Martin Graf ist kein Ankündigungsminister. Er packt an und ist ein ausgesprochener Qualitätsschaffer. Beispiele gibt es viele:

- Beim Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) liefen die Kosten aus dem Ruder. Eine Kreditvorlage für ein Gefängnis ohne ausgearbeitetes Sicherheitskonzept kommt unter Martin nicht vor. Im zweiten Anlauf mit neuem Regierungsrat Graf klappte es dann. Wir haben die Baustelle bei unserem Fraktionsausflug besuchen dürfen und haben auch gesehen, dass Martin Graf sehr genau weiss, was dort läuft.
- Beim PJZ ein déjà vu: Wieder hat der Kantonsrat einen Kredit bewilligt, ohne dass das Sicherheitskonzept durchdacht war. Es macht eben schon einen Unterschied, ob man einen oder drei Eingänge für die unterschiedlichsten Nutzerinnen und Nutzer in einem Gebäude vorsieht, wo Sicherheit das Kerngeschäft ist. Als Teamplayer packte Martin mit an.
- Gemeindegesetz: Sein Vorgänger schob es wie eine heisse Kartoffel vor sich her. Martin erarbeitete in beharrlicher Kleinarbeit eine Vorlage, die sich sehen lassen kann. Zur Zeit berät und brütet die Kommission darüber.
- In Martins Legislatur fällt auch die erste Gemeindefusion nach 80 Jahren (Bertschikon-Wiesendangen). Man merkt, auch wenn man mit Gemeinderäten unterschiedlichster Gemeinden redet, dass er mit den Gemeinden sorgfältiger zusammenarbeitet als das in der Vergangenheit der Fall war.

Die Misstöne kann man natürlich nicht verschweigen.

- Fall «Carlos»: Letztlich attestierte der Kantonsrat der Oberjugend-anwaltschaft korrektes Verhalten. Martin Graf hat sich erst genauestens informieren lassen und ging erst dann an die Medien. Das hat ihm den Zorn vieler Journalisten eingetragen, was dann leider in einer eigentlichen Trophäenjagd ausartete. Sicher ist vor allem in der Kommunikation nicht alles rund gelaufen, aber Martin hat die Krise durchgestanden und hat sich auch im grössten Sturm nie versteckt.
- Als Kirchendirektor, der Martin ja auch noch ist, ist er auf Konfrontation zum Bischof von Chur gegangen. Die einen hats gefreut, für die anderen war es der grosse Aufreger. Letztlich hat das Zürcher Volk mit seinem Nein zur Teilabschaffung der Kirchensteuer die Stellung der Landeskirchen gestärkt, auch das ein Erfolg von Martin Graf in dieser Legislatur.

Martin Graf ist kein politischer Eunuch. Er hat eine klare Meinung, die er auch deutlich vertritt. Er scheut keine Herausforderung und keine Arbeit. Eigentlich ist er immer dran.

Für die Fraktion ist Martin ein verlässlicher Partner. Er nimmt an den Fraktionssitzungen teil und ist für uns immer ansprechbar. Dass sein Amt wenig Ausstrahlung auf Grüne Politikfelder hat, kann man ihm nicht anlasten.

Martin Graf, Regierungsrat Grüne Kanton Zürich:

Antiprogramm zur Beliebigkeit

Liebe Grüne, am Eröffnungskonzert zum Lucerne Festival 2014 hielt Bundesrat Maurer ein Grusswort. Drei Punkte waren ihm wichtig (bei ihm sind es immer drei Punkte): die eigenen Wurzeln, die völkerverbindenden Werte und die Weitsicht. Was er genau damit sagen wollte, weiss ich nicht. Denn er sagte nicht, was er unter den drei Stichworten selbst versteht. Jedenfalls lassen sie sich nicht aus dem Programm seiner Partei ableiten. Dass seine Partei auf dem Holzweg sei, weil sie mit permanenter Rücksichtslosigkeit die Werte und politischen Errungenschaften unseres Landes kaputt macht, wollte er wohl auch nicht sagen. Was dann?

Liebe Grüne

Die Amtsdauer 2011-15 ist noch nicht zu Ende und es steht bis zu den nächsten Wahlen noch einiges auf der Agenda. Ich freue mich, bereits heute Abend meine Bereitschaft bekannt zu geben, eine weitere Amtsdauer im Regierungsrat mitwirken zu wollen. Die Arbeit ist intensiv, abwechslungsreich und spannend, auch und gerade im Gemischtwarenladen meiner Direktion.

Wenn Ihr Euch entscheidet, mich für die nächsten Wahlen zu unterstützen, dann wählt Ihr faktisch ein Antiprogramm zur Beliebigkeit von Ueli Maurer. Ich sage meistens ziemlich deutlich, was ich meine – auch wenn es Einzelnen oder gar Bischof Huonder nicht passt. Mit mir habt Ihr keinen Gartenzwerg als Grüne Dekoration. Was ich sage, entspricht meiner inneren Überzeugung. Was ich tue, ist das, was ich verantworten kann und will. Das tue ich gerne weiterhin als Regierungsrat.

Eine Regierungsbeteiligung ist für uns Grüne enorm wichtig. In einer Direktion besteht ein grosser eigener Handlungsspielraum, in der Regierung laufen dank der nicht öffentlichen Sitzungen Entscheide nicht immer entlang von Parteirichtlinien. Und – nicht zu vergessen: zusammen mit den beiden Sitzen der SP stellen wir fallweise eine starke Minderheit, die erheblich Einfluss nehmen kann.

Für Euch ist es wichtig, zu wissen, welche politische Grundhaltung mein Wirken prägt: Natürlich eine «Grüne», der Nachhaltigkeit verpflichtet. Mit Blick auf meine heutige Funktion plädiere ich dafür, dass jeder Mensch das Recht auf einen Platz in dieser Welt hat. Jeder Mensch hat ein Recht auf Existenz, existenzielle Sicherheit und rechtsstaatlichen Umgang. Im Gegenzug erwarte ich von jeder und jedem einen respektvollen Umgang und einen Beitrag an eine funktionierende Gesellschaft.

Als Verantwortlicher für einen Viertel der Schweizer Gefängnisplätze bedeutet dies beispielsweise, dass es darum geht, den Straftätern primär Anstand beizubringen. Sie sollen auch nachweisen, dass sie kein Risiko für die Gesellschaft darstellen. Die meisten haben begrenzte Strafen. Wenn sie rauskommen, wollen wir möglichst nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Reintegration in die Gesellschaft hat also Priorität.

Den 360'000 Ausländerinnen und Ausländern in unserem Kanton will ich eine Willkommengesellschaft und Unterstützung bieten, damit sie sich möglichst rasch bei uns zurechtfinden. Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene sollen raschmöglichst in die Erwerbstätigkeit einsteigen können und wollen. Integration ist ein zentraler Schwerpunkt in meiner Direktion.

In der Kommunalpolitik will ich starke, eigenständige, aber auch eigenverantwortliche Gemeinden. Statt über Anschlussverträge die Demokratie auf kaltem Weg weiter auszuräumen oder über fehlende Finanzen zu jammern, müssen sie halt auch mal über die eigenen Strukturen und Prozesse nachdenken. Wenn im einzelnen Gemeinden und Städten Finanzhaushalte in Probleme geraten, ist nicht primär der Finanzausgleich schuld.

Es geht mir also bei allem, was ich in der Exekutive tue, um eine Politik des gegenseitigen Respektes und der Toleranz, um eine Politik des Ausgleichs, eine Politik der Chancen und der Lebensqualität, ja ureigentlich um eine Politik für alle. Eine Politik, die lebt. Und es geht mir um eine Politik der Verantwortung, die nicht zuletzt Verfassungs- und Völkerrecht achtet.

Das will ich heute und auch in Zukunft. Mit meiner Kandidatur für eine weitere Amtsdauer will ich Euch in der Regierung weiterhin vertreten, will mich einsetzen für ein nachhaltiges und liberales Zürich. Die Herausforderungen der nächsten Jahre sind nicht zu unterschätzen.

Die nächsten Jahre werden Jahre der Investitionsausgaben sein. Wir werden massiv mehr investieren müssen in unsere in die Jahre gekommene Infrastruktur, namentlich im Bildungs- und Gesundheitssektor. Wir werden auch in Gefängnisse investieren müssen, immerhin weniger als unsere Westschweizer Kollegen. Wir werden investieren müssen in E-Government, in digitalisierte Verwaltungsabläufe und in elektronischen Geschäftsverkehr mit den Bürgern. Und wir werden investieren müssen in ein Staatsverständnis, das die kollektive Selbsthilfe und Wahrnehmung kollektiver Verantwortung auf jeder Stufe ins Zentrum stellt.

In meiner Direktion stehen eine ganze Reihe von Projekten an:

- Gesetzgebungsprojekte:
 - Gemeindegesetz
 - Melde- und Einwohnerregistergesetz
 - Totalrevision des Filmgesetzes (Jugendschutz bei den Medien)
 - Teilrevision Gesetz über die politischen Rechte

- Bauprojekte:
 - Erweiterung Staatsarchiv
 - PJZ
 - Totalsanierung Gefängnis Zürich
 - Totalsanierung Vollzugszentrum Bachtel
 - Sanierung Lagergebäude Opernhauses
- IT-/Verwaltungs-Projekte:
 - Ausbau Rechtsinformationssystem II
 - Zentrales Einwohnerregister
 - Electronic Monitoring
 - E-Government-Projekte inkl. E-Voting
- Strategieprojekte:
 - Förderung von Gemeindefusionen
 - Ausbau Kulturförderung (Leitbild/Lotteriefonds)
 - Integrationsförderung vA/aF
 - Leitlinien zum Verhältnis Staat – Religionsgemeinschaften

Und in meiner Funktion als Präsident des Ostschweizerischen Strafvollzugskonkordates sowie der Strafvollzugskommission der Justiz- und Polizeidirektoren geht es im Justizvollzug um die Verbesserung des «Risk Managements» und die Schaffung eines nationalen Kompetenzzentrums.

Es bleibt also viel zu tun! Gerne stehe ich dafür zur Verfügung und bin bereit für die Aufgaben, die auf mich warten.

Beschluss: Die Grünen nominieren Martin Graf per Akklamation als ihren Kandidaten für die Regierungsratswahlen 2015.

9. Varia/Diverse Anfragen

–

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 20:15 Uhr

Podium

Ecopop

Podium

- Regula Rytz, Präsidentin Grüne Schweiz, Nationalrätin
- Dieter Steiner, Prof. em. für Quantitative Geographie und Humanökologie ETH Zürich, Mitinitiant Ecopop

Moderation

- Marianne Biedermann, Psychologin, Grüne Stadt Zürich

Regula Rytz stellt sich vor:

Ist Co-Präsidentin der Grünen Schweiz und zum ersten mal an einer MV der Grünen Kanton Zürich. Zudem ist sie Nationalrätin, war vorher in der Berner Stadtextekutive, noch früher im Kantonsparlament. Ursprünglich ist sie Historikerin und Soziologin. Die Diskussion über Ecopop hat am Anfang einige Diskussionen in der Schweiz ausgelöst, jetzt haben sich die Grünen aber ganz klar positioniert, zuletzt mit der deutlichen Parole an der Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz vom letzten Samstag.

Dieter Steiner stellt sich vor:

Ist ursprünglich Geograf mit Interesse für Ethnologie, dann eher technisch-mathematisch ausgerichtet. Mit Umweltfragen ist er erstmals Ende 60er Jahre in Berührung gekommen. In den 80er Jahren den Grünen beigetreten, an der ETH die Humanökologie ins Leben gerufen: Was ist mit unserer Gesellschaft los, dass wir Umweltprobleme haben? Mitwirkung bei Umverkehr, Club der Autofreien. Für Ecopop ist er angefragt worden, fand das Anliegen überzeugend. Wir müssen das Tabu Bevölkerungswachstum brechen.

Podium

Marianne Biedermann: Hat nichts Fremdenfeindliches an Ecopop wahrgenommen, bis sie an einer Veranstaltung war, wo es sehr aggressiv und fremdenfeindlich zugeht. Zieht Ecopop die falschen Leute an?

Dieter Steiner: Die Veranstaltung war nicht gut, aber eine Ausnahme. Es waren aber zum Beispiel auch junge Deutsche da, die sich für Ecopop ausgesprochen haben. Generell ist es so, dass die Ecopop-Leute keine Kontrolle darüber haben, wer dafür stimmen wird und sich angesprochen fühlt. Ecopo-AnhängerInnen sind sehr breit und überparteilich zusammengesetzt.

Regula Rytz: Wir werden sehen, wer die Initiative unterstützen wird. Bei den Grünen gingen viele fremdenfeindliche Mails von Ecopop-Unterstützenden ein. Zu einem grossen Teil zieht Ecopop sicher die gleichen Leute an wie die Masseneinwanderungsinitiative. Die Initiative bewirkt, dass die Leute, die heute in den Pflegeheimen etc. arbeiten, in ihren Rechte stark eingeschränkt werden, das wird auch zu viel mehr PendlerInnen führen. Und die Situation für die Betroffenen wird sich massiv verschlechtern, die Initiative hat also eine diskriminierende Wirkung.

Dieter Steiner: Die Initiative ist so wichtig, dass man sie trotzdem durchziehen muss, auch wenn sie fremdenfeindliche Leute anzieht.

Marianne Biedermann: Die Initiative will die Geburtenrate in der 3. Welt kontrollieren – sollten wir uns nicht selber einschränken?

Dieter Steiner: Bevölkerungswachstum und Ressourcenverbrauch sind einfach zwei Faktoren, die beide eine Rolle spielen.

Diskussion

Votum: Die Grünen tabuisieren die Probleme, die sich durch den wachsenden AusländerInnenanteil ergeben. Die Probleme gibt es aber, auch wenn die Grünen auf Ecopop eindreschen. AusländerInnen arbeiten zu viel schlechteren Bedingungen und so verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen für alle.

Regula Rytz: Wir müssen schauen, wo es reale Probleme gibt, und die müssen wir lösen: Das sind Raumplanung, Steuerpolitik und Bildungspolitik: Wir haben ja gar nicht genug Leute ausgebildet für all die Stellen im Pflegebereich etc. Wir haben ein enormes Wirtschaftswachstum, und die Leute folgen dem Geld. Die Schweiz betreibt hier seit Jahren eine Politik, mit der Arbeitsplätze vom Ausland zu uns verschoben werden. Dagegen kämpfen wir, z.B. mit der Abschaffung der Pauschalsteuer, mit besserer Bildungs- und Ausbildungspolitik und mit einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Dieter Steiner: Bei Ecopop geht es nicht ums Ausländerproblem, sondern um das Bevölkerungswachstum und das findet halt hauptsächlich durch Zuwanderung statt.

Marianne Biedermann: Die Grünen haben ein ausführliches Argumentarium gegen die Ecopop-Initiative erstellt. Das klingt gut, aber die vorgeschlagenen Massnahmen brauchen sehr viel Zeit. Läuft uns die Zeit nicht davon?

Regula Rytz: die Ecopop-Initiative würde lediglich AusländerInnen in PendlerInnen verwandeln – das kann ja wohl kaum in unserem Sinn sein! Wir haben z.B. ein Zersiedelungsproblem, aber das hat nichts mit AusländerInnen zu tun, sondern mit der miserablen Raumplanung, die in der Schweiz betrieben wurde. Wenn wir für etwas kämpfen, dann für konkrete Massnahmen. Zudem würde uns Ecopop in Europa völlig isolieren.

Dieter Steiner: Die Statistik sagt, dass die Zahl GrenzgängerInnen stetig steigt, aber massiv seit der Personenfreizügigkeit. Ecopop glaubt nicht, dass die Zahl der GrenzgängerInnen mit der Initiative noch sehr steigen wird.

Regula Rytz: Die Regelung, die die Initiative vorschlägt, macht keinen Sinn. In den Saldo gehören auch AsylbewerberInnen, zurückkehrende AuslandsschweizerInnen, EhepartnerInnen aus binationalen Ehen (das sind heute 50%) und Arbeitskräfte – wie sollen wir das kontrollieren, so dass genügend Arbeitskräfte da sind etc.?

Dieter Steiner: Es können immer noch sehr viele Leute in die Schweiz kommen, wo soll da ein Problem liegen?

Marianne Biedermann: Die Zahlen, die Ecopop vorschlägt, sind nicht absurd, wir haben mehr Einwanderung als die europäischen Länder. Aber wie würde das geregelt?

Dieter Steiner: Die Wirtschaft muss schon bescheidener werden und kann nicht mehr unbegrenzt Arbeitskräfte holen. Wirtschaftswachstum und Steuerpolitik sind tatsächlich grosse Probleme. Gegen diesen Wachstumswahnsinn hilft die Initiative auch.

Regula Rytz: Neben der «Wirtschaft» gibt es tausende Arbeitsplätze, die unsere öffentliche Infrastrukturen aufrecht erhalten: Pflege, Bau, Gastgewerbe etc. Wenn man etwas gegen die Wirtschaftspolitik machen will, dann soll man DAS tun.

Daniel Vischer: Die Probleme lassen sich nicht einfach durch die Beschränkung der Einwanderungszahlen lösen. Es ist so, die Leute folgen dem Kapital. Ecopop ist keine

Antwort auf diese Probleme. Das Schlimmste an Ecopop ist aber der Teil mit der Geburtenregelung. Das ist sehr eurozentristisch – und das müssen wir ablehnen. Wir können nicht anderen Staaten oder Menschen vorschreiben, wie sie sich fortpflanzen sollen.

Dieter Steiner: Es geht nicht um Geburtenkontrolle sondern um freiwillige Familienplanung. Es geht um die Emanzipation der Frau und den Zugang zu Verhütungsmitteln. Die Zustände heute sind verheerend, viele Frauen wollen verhüten, haben aber keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. Es gibt pro Jahr 80 Mio. ungewollte Schwangerschaften, viele davon werden abgetrieben, viele Abtreibungen enden tödlich. Es gibt das Argument, dass man die Frauen besser bilden soll, dann gehen die Geburten von allein zurück, aber wenn die Frauen schon so jung schwanger werden, dass sie noch gar nicht mit einem Bildungsweg angefangen haben, bringt das auch nichts. Es gibt auch die Meinung, dass die Länder reicher werden, weil die Familien kleiner werden, nicht umgekehrt, wie die Ecopop-GegnerInnen sagen.

Regula Rytz: Der Geburtenkontrolle-Teil ist bei den Grünen ganz schlecht angekommen. Unsere Wirtschaft zieht das Geld aus den Entwicklungsländern und exportiert Umweltlasten – und jetzt sollen wir diesen Ländern ihre Bevölkerungspolitik vorschreiben? Das ist eine ungeheure Einmischung. Zudem argumentiert Ecopop mit falschen Zahlen. Die Bevölkerungsexplosion findet gar nicht mehr statt. Die Gesamtzahl wächst noch, weil die Menschen älter werden, nicht weil so viele Kinder geboren werden. Fakt ist, dass die Geburtenrate abnimmt und auch, dass die Geburtenzahlen vor allem dort hoch sind, wo die Lebenserwartung tief ist.

Dieter Steiner: Das stimmt nicht, das Bevölkerungswachstum nimmt insgesamt immer noch zu, und nicht nur bei den Alten, die Altersklasse 0-14 wächst z.B. um 11%.

Martin Neukom: Wir müssen unseren Ressourcenverbrauch reduzieren, was sagt Ecopop zur globalen Bevölkerungszahl?

Dieter Steiner: Ecopop redet nicht von einer Reduktion der Weltbevölkerung, wir wollen nur das Wachstum einschränken. Da lassen sich keine festen Zahlen angeben. Wenn der Pro-Kopf-Verbrauch sinkt, kann es auch mehr Menschen geben.

Fran Keller: Das Argument mit dem Pflegepersonal funktioniert nicht. Es ist nicht gut, wenn wir auf ausländisches Personal angewiesen sind, das verursacht eine Kettenreaktion. Es gibt nur eine Lösung: wir müssen mehr Personal ausbilden!

Regula Rytz: Das ist richtig, wir müssen mehr Personal ausbilden. Wenn Ecopop angenommen würde, hätten wir aber sicher eine schwierige Übergangszeit. Falsch ist es jedenfalls, die AusländerInnen immer als Last darzustellen.

Beat Hess: Das Bevölkerungswachstum in Kamerun ist vielleicht noch hoch, aber dafür gibt es dort immer noch einen wesentlich kleineren ökologischen Fussabdruck als bei uns. Das CO₂-Problem muss global gelöst werden. Bevölkerungspolitik kann man nur fürs eigene Land betreiben. Und unsere Entwicklungshilfe muss nicht nur heissen, dass wir etwas Geld hingeben, sondern vor allem, dass wir weniger nehmen: Heute beuten wir die Rohstoffe dieser Länder aus, bauen dort Monokulturen an etc. Nun will Ecopop auch noch Entwicklungsgeld in die Verhütung stecken, da profitiert vor allem wieder unsere Pharmaindustrie.

Votum: Das stimmt alles, aber es ist enger geworden in der Schweiz und wir wollen wissen, wo die Grenzen sind.

Regula Rytz: Es gibt keine konkreten Zahlen. Wir müssen aber überlegen, wie wir unsere Ressourcen schonen – und da müssen wir unseren eigenen Verbrauch einschränken, denn wir leben hier völlig über unsere Verhältnisse, aber nicht die Menschen in den

Entwicklungsländern. Wir müssen vor der eigenen Haustür wischen, Ecopop ist falsch, weil sie bei den anderen ansetzen will.

Dieter Steiner: Wir wollen den anderen Ländern nicht vorschreiben, dass sie sich entwickeln können, und es ist klar, dass wir auch herunterfahren müssen. Das ist aber nicht das Thema von Ecopop – dort ist das Thema Bevölkerungswachstum. Jetzt nehmen wir anderen Ländern ausgebildetes Personal weg. So viel Pflegepersonal kommt zudem gar nicht. Mit Ecopop können wir den ökologischen Zustand der Schweiz verbessern, in dem wir den Faktor aufnehmen, den alle anderen ausklammern: das Bevölkerungswachstum. Wenn wir nichts ändern, gibt es in 10 Jahren 1 Million mehr Menschen in der Schweiz, dazu kommen Zersiedelung und Kulturlandverlust, mehr Verkehr und grössere Abhängigkeit vom Ausland. Wenn man von Solidarität redet, dann sollte man vor allem die Menschen berücksichtigen, die schon hier sind, und für die zukünftigen Generationen. Dazu kommt: Wer gegen Ecopop ist, ist für das auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaftssystem. Die Grüne Partei legt hier eine besorgniserregende Diskussionskultur an den Tag.